

Bundeswasserstraßen

Dokumentation Expertengespräch

**Verbesserung der Gewässerstruktur an
Bundeswasserstraßen in der FGE Weser**

Nienburg, 20./21. Juni 2007



Inhaltsverzeichnis

Veranlassung	4
Programm	5
Zusammenfassung	6
Fazit der Veranstaltung	11
Teilnehmerliste	12

Veranlassung

Die Flussgebietsgemeinschaft Weser, der die Länder Bayern, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Thüringen angehören, sehen vier wasserwirtschaftliche Themenschwerpunkte als ihre überregionalen Handlungsfelder für die Zukunft an. Neben der Reduzierung der Salzbelastung, der Verringerung von Nährstoffeinträgen in die Oberflächengewässer und das Grundwasser sind dies die Durchgängigkeit für Wanderfische sowie die Verbesserung der Gewässerstruktur an Bundeswasserstraßen.

Soll die Gewässerstruktur an Bundeswasserstraßen in ihrer Qualität gesteigert werden, dann sind hierzu Verfahren und Bauweisen einzusetzen, die eine sichere und leichte Schifffahrt ermöglichen, gleichzeitig aber auch durch ihre geschickte Ausführung den Ansprüchen einer möglichst hohen Naturnähe gerecht werden. Hierbei sind die Kosten von Maßnahmen und anschließendem Unterhaltungsaufwand im Auge zu behalten.

Daher geht es darum, das Potenzial für Verbesserungen der Gewässerstruktur entlang der Bundeswasserstraßen gemeinsam mit der Bundeswasserstraßenverwaltung und den Umweltverbänden zu ermitteln. Zunächst soll es Ziel sein, ein gemeinsames Verständnis über die Perspektiven und Möglichkeiten der Verbesserung herzustellen. Zum Auftakt dieses Meinungsfindungsprozesses soll ein zweitägiges Expertengespräch dazu beitragen, die gemeinsamen Randbedingungen darzustellen, insbesondere aber mögliche Handlungsspielräume aufzuzeigen und mit Hilfe „guter Beispiele aus der Praxis“ einen Prozess zu strukturieren, an dessen Ende Ergebnisse einer gemeinsam abgestimmten Maßnahmenplanung innerhalb des Bewirtschaftungsplanes stehen können. In diesem Zusammenhang sollen auch die Rahmenbedingungen zur Förderung weiterer Maßnahmen definiert werden und über Möglichkeiten nachgedacht werden, in einem ersten Schritt an ausgesuchten Stellen Modellprojekte hinsichtlich einer optimierten Unterhaltung zu initiieren.

Programm

Mittwoch, 20. Juni 2007

Moderation: Kay Nitsche, Niedersächsisches
Umweltministerium

- 13:00 Begrüßung
(Kay Nitsche, Niedersächsisches Umweltministerium)
- 13:15 Einführung in den aktuellen Stand der Umsetzung der
EG-WRRL in der FGG Weser
(Simon Henneberg, Geschäftsstelle FGG Weser)
- 13:45 Vorstellung von Überlegungen zur Zielsetzung aus
Sicht der Länder
(Michael Wiedemann, Niedersächsisches
Umweltministerium)
- 14:15 Alternative Ufersicherungen am Beispiel der Weser
bei Stolzenau - technische und biologische Aspekte
(Dr. Renald Soyeaux, Bundesanstalt für Wasserbau /
Dr. Andreas Sundermeier, Bundesanstalt für
Gewässerkunde)
- 14:45 Kaffeepause
- 15:10 Notwendigkeit zur Verbesserung der
Gewässerstrukturen aus naturschutzfachlicher Sicht
(Michael Buschmann, Landkreis Holzminden)
- 15:40 Vorstellung von Beispielen am Main
(Gerd Karreis, WNA Aschaffenburg)
- 16:10 Vorstellung von Beispielen am Rhein
(Martin Mauermann, WSA Bingen)
- 16:40 Ende
- 17:30 Exkursion - Gemeinsame Weserfahrt
(voraussichtliches Ende 19:30 Uhr)

Donnerstag, 21. Juni 2007

Moderation: Simon Henneberg, Geschäftsstelle FGG Weser

- 09:00 Einführung "Bisherige und zukünftige Initiativen an der
Weser"
(Christian Schneider, Lebendige Weser)
- 09:30 1. Workshop "Erarbeitung eines Grundsteins eines
Maßnahmenkatalogs"
(Impulsreferat: Dr. Wolf-Dieter Schmidt, Regierung von
Unterfranken)
- 10:30 Kaffeepause
- 11:00 2. Workshop "Rahmenbedingungen zur Förderung von
weiteren Maßnahmen und Modellvorhaben"
(Impulsreferat: Dr. Wolf-Dieter Schmidt, Regierung von
Unterfranken)
- 12:00 Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick auf
weitere Vorgehensweise
(Simon Henneberg, Geschäftsstelle FGG Weser)
- 13:00 Ende der Veranstaltung



Zusammenfassung

Am 20./21.06.2007 kamen in Nienburg im Hotel Weserschloss Experten der Bundeswasserstraßenverwaltung, der Wasserwirtschaftsverwaltungen der Länder sowie Vertreter der Umweltverbände an der Weser zu einem Expertengespräch zum Thema „Verbesserung der Gewässerstruktur an Bundeswasserstraßen in der FGE Weser“ zusammen. Die ca. 50 Personen informierten sich gegenseitig über ihre Standpunkte, stellten Beispielprojekte für Möglichkeiten einer alternativen Gewässerentwicklung außerhalb der Flussgebietseinheit Weser vor, diskutierten intensiv die Inhalte einer möglichen Zusammenarbeit und versuchten, erste Hinweise für eine Vorgehensweise zu geben. Ein wichtiges Ergebnis ist der Vorschlag, die Geschäftsstelle der Flussgebietsgemeinschaft Weser mit der Moderation des anstehenden Prozesses zu beauftragen, um für den Bewirtschaftungsplan und das Maßnahmenprogramm der EG-WRRRL einvernehmlich abgestimmte Ergebnisse zu erzielen.

In seiner **Begrüßung** betonte **Herr Nitsche** vom Niedersächsischen Umweltministerium, Vorsitzender des Weserrates (FGG Weser), die große Bedeutung eines einvernehmlich zwischen allen Beteiligten abgestimmten Maßnahmenprogramms. **Herr Henneberg** (Leiter der Geschäftsstelle der Flussgebietsgemeinschaft Weser) stellte den **aktuellen Stand der Umsetzung der EG-WRRRL in der Flussgebietseinheit Weser** vor. Er wies auf die Bedeutung des Bewirtschaftungsplans und des Maßnahmenprogramms hin, die gemäß EG-WRRRL bis Ende 2009 in abgestimmter Form aufgestellt werden müssen. Es ist im Zeitplan der Richtlinie vorgesehen, bis Ende 2008 einen Entwurf vorzulegen, der eine öffentliche Anhörung von einem halben Jahr nach sich zieht. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass die Einvernehmensregelung mit der Bundeswasserstraßenverwaltung gilt. Herr Henneberg informierte über die vier überregionalen Handlungsfelder der FGG Weser, die Salzbelastung von Werra und Weser, den diffusen Eintrag von Nährstoffen aus der Fläche, die Durchgängigkeit für Wanderfische und die Verbesserung der Struktur an Bundeswasserstraßen. Am Ende seines Vortrages formulierte er drei Fragen, die als Leitfragen der Veranstaltung betrachtet werden können.

1. Welche Lösungsansätze sind überlegenswert?
2. Welche Art der Zusammenarbeit ist denkbar?
3. Wie soll am Thema weitergearbeitet werden?

Im Anschluss legte **Herr Wiedemann** vom Niedersächsischen Umweltministerium seine **Überlegungen zur Zielsetzung aus Sicht der Länder** dar. In einem von rechtlichen Grundsätzen getragenen Vortrag erläuterte Herr Wiedemann ausgehend von möglichen Maßnahmen seine Überlegungen zu Trägerschaft, der Verhältnismäßigkeit der Kosten, der hoheitlichen Verantwortung sowie dem Ablauf einer möglichen Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. In seinem Fazit stellte er eine enge Zusammenarbeit an erste Stelle, wies aber auch auf die Notwendigkeit einer Prioritätensetzung bei der Maßnahmenplanung zwischen Bund und Ländern hin und betonte, dass die Umsetzung der EG-WRRRL zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerstruktur erforderlich macht.

In der nachfolgenden Diskussion betonten die Vertreter der WSV und der Wasserwirtschaftsverwaltung die Notwendigkeit einer rechtzeitigen Beteiligung im Sinne der Einvernehmensregelung.

Die Bundeswasserstraßenverwaltung informierte im Folgenden die Anwesenden über alternative Methoden zur Ufersicherung am Beispiel der Versuchsstrecke Stolzenau an der Mittelweser. Zunächst stellte **Herr Dr. Soyeaux** von der Bundesanstalt für Wasserbau diverse **technische Möglichkeiten alternativer Ufersicherungen** vor. Er verwies dabei beispielhaft auf eine Reihe von Projekten, die an verschiedenen Abschnitten von Bundeswasserstraßen in ganz Deutschland durchgeführt wurden. Daran anschließend berichtete **Herr Dr. Sundermeier** von der Bundesanstalt für Gewässerkunde von den **Untersuchungsergebnissen biologischer Effizienzkontrollen der Maßnahmen in Stolzenau**. Es wurde deutlich, dass ein Großteil der positiven Erwartungen an diese Maßnahmen erfüllt wurde. Ebenfalls ist festzustellen, dass in diesen Modellversuchen eine ganze Reihe von neuen Erfahrungen gewonnen wurden, die für zukünftige Unterhaltungsmaßnahmen gewinnbringend eingesetzt werden können.

Nach der Pause erläuterte **Herr Buschmann** von der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Holzminden, welche **Ansprüche an die Verbesserung von Gewässerstrukturen aus naturschutzfachlicher Sicht** gestellt werden müssen. Am Beispiel der Oberweser stellte er ausgehend von einem morphologischen Leitbild sowie unter Berücksichtigung der Schifffahrt Verbesserungspotenziale

vor, die sich in dem engen Handlungsrahmen an Bundeswasserstraßen bieten könnten. Dabei betonte Herr Buschmann insbesondere die Bedeutung eines konzeptionellen Unterhaltungsmanagements, bei dem künftig flusstypologische Rahmenbedingungen zu berücksichtigen sind, um den Erfordernissen der WRRL zu genügen.

Anschaulich vermittelte Herr Buschmann das Regenerationspotenzial der Seitengewässer sowie die Notwendigkeit der Entwicklung der Uferstreifen zur Verbesserung der lateralen Vernetzung. Hierbei wies er auf gute vorliegende Grundlagenarbeiten wie z.B. die Ökologische Gesamtplanung Weser oder Untersuchungen der BfG hin, die aus seiner Sicht aktualisiert und unbedingt in weitere Betrachtungen mit einbezogen werden sollten.

Der erste Veranstaltungstag wurde durch zwei Vorträge zu Praxisbeispielen von Main und Rhein abgerundet. Zunächst erläuterte **Herr Karreis** vom Wasserstraßenneubauamt Aschaffenburg anhand einer Fülle von Beispielen, welche Möglichkeiten bestehen, wenn durch Ausbaumaßnahmen **natur-schutzfachliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen** notwendig werden. Am Main konnten infolge verschiedener Baumaßnahmen wie Uferverbau und –rückverlegungen, Vergrößerung von Krümmungsradien sowie Erweiterung von Schleusenanlagen eine Reihe von Kompensationsmaßnahmen realisiert werden, die zu einer Aufwertung der Gewässerstruktur z.B. durch die Umgestaltung von Bühnenfeldern und Anbindung von Auengewässern, beigetragen haben.

Anschließend belegte **Herr Mauermann** vom Wasser- und Schifffahrtsamt Bingen mit einer Fülle von Beispielen vom Rhein eindrucksvoll, welche Möglichkeiten bestehen, wenn Initiativen, Land und Wasserstraßenverwaltung in ihren Zuständigkeitsbereichen konstruktiv zusammenarbeiten. Hier konnten eine Reihe von „Win-Win“-Lösungen realisiert werden, wenn die grundsätzliche Bereitschaft aller Seiten, auch was die Finanzierung angeht, vorhanden ist und vorhandene Spielräume in der Ausgestaltung von Unterhaltungsmaßnahmen genutzt werden.

Der erste Tag klang mit einer Bereisung der Mittelweser unter fachkundiger Begleitung von **Herrn Volkmer** vom Wasser- und Schifffahrtsamt Verden aus. Hierbei konnten sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer selbst einen Eindruck von den Uferstrukturen des Mittelweserabschnittes Landesbergen – Nienburg sowie der Staustufe Landesbergen verschaffen.

Der zweite Tag begann mit einer kurzen Vorstellung einer Ideenskizze zu potenziellen **Modellvorhaben** des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und des Bundesministeriums für Umwelt (BMU) durch **Frau Dr. Esser** (BMVBS). Es besteht die Absicht, beispielhaft Projekte an Rhein, Weser und in Brandenburg zu initiieren, in denen die verschiedenen Institutionen der Länder und des Bundes zusammenarbeiten, um gemeinsam Verbesserungen der Struktur an Bundeswasserstraßen herzustellen und deren biologische Auswirkungen zu untersuchen und zu dokumentieren.

Herr Schneider, Geschäftsführer des Vereins „Lebendige Weser e.V.“ berichtete zur Einstimmung auf die nachfolgenden Workshopthemen von bisherigen und zukünftigen **Initiativen entlang der Weser**. Die Vielfalt der Projekte ist beeindruckend und zeigt die Bedeutung der Weser für die Bevölkerung insbesondere auch für Naherholung und Tourismus. Besonders hervorgehoben wurde der hohe Anteil an ehrenamtlichem Engagement, ohne das viele Projekte nicht ins Leben gerufen werden könnten. Herr Schneider sprach ebenfalls die Notwendigkeit von runden Tischen an, um sich gemeinsam abzustimmen und eine fruchtbare Zusammenarbeit aufzubauen, zu der er seine Bereitschaft ausdrücklich signalisierte.

Hauptziel der Veranstaltung war es, ein „Wir-Gefühl“ zu initiieren, Möglichkeiten der weiteren Vorgehensweise aufzuzeigen und herauszufinden, wie sich die Teilnehmer zu den am Anfang gestellten Leitfragen positionieren. Hierzu wurden zwei einstündige Workshops zu den Themen „Maßnahmenkatalog“ und „Modellvorhaben“ durchgeführt.

Im **1. Workshop „Erarbeitung eines Grundsteins eines Maßnahmenkatalogs“** berichtete **Herr Dr. Schmidt** von der Regierung von Unterfranken in einem Impulsreferat, wie am Main derzeit ein Maßnahmenkatalog abgestimmt wird und zeigte mögliche Inhalte auf. In der fortlaufenden intensiven Diskussion wurden zu den eingangs gestellten Leitfragen folgende Aussagen einvernehmlich getroffen:

1. Welche Lösungsansätze sind überlegenswert?

Es wird für sinnvoll erachtet, die Wasserstraßen in unterschiedliche Abschnitte in Abhängigkeit von ihrem Verkehrsaufkommen zu unterteilen (z.B. Werra, Fulda oberhalb Kassel, Leine/Aller, Oberweser/Mittelweser/Tideweser, Außenweser).

Für diese Abschnitte sollen bestimmte Entwicklungsziele aufgestellt werden unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Daten bzw. Erhebungen wie z.B. Ökologische Gesamtplanung Weser oder Gewässerentwicklungspläne. Eine gewässertypspezifische Betrachtung wird dabei auch innerhalb dieser Abschnitte für unerlässlich gehalten und entspricht den Anforderungen der WRRL.

Es wurde festgestellt, dass die Form der Maßnahmenplanung in verschiedenen Ebenen gestaffelt angesehen werden kann. Die unterste Ebene bilden die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die innerhalb der Wasserstraße, aber auch bei Maßnahmen in Gemeinden entlang von Wasserstraßen anfallen und im Sinne einer Verbesserung der Gewässerstruktur durchgeführt werden könnten. Hierbei ist zu beachten, dass eine Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme immer dann zu leisten ist, wenn an anderer Stelle bedingt durch Ausbaumaßnahmen ein naturschutzfachlicher Eingriff und somit eine Verschlechterung eingetreten ist und es somit zu einer Null-Summen-Rechnung kommen könnte.

Die nächste Stufe wird in, nach ökologischen Gesichtspunkten veränderten, Unterhaltungskonzepten gesehen. Hierbei handelt es sich um eine Zusammenstellung von Unterhaltungsmaßnahmen für einen festgelegten Zeitraum. Es kommen insbesondere Maßnahmen zum Zuge, die durch ihre veränderte Ausführung lokale Verbesserungen in der Gewässerstruktur erwarten lassen.

Eine weitere Kategorie sind gemeinsame Projekte von allen Beteiligten, die zum Ziel haben, Entwicklungsbereiche entlang des Gewässers zu schaffen und diese für eine Verbesserung der Gewässerstruktur zu nutzen. Hierzu könnte ein langfristig angelegter Flächenmanagementplan bzw. ein Flächenverfügbarkeitskataster hilfreich sein. Von Seiten der Bundeswasserstraßenverwaltung kam hierzu die Aussage, dass der Anteil an bundeseigenen Ufergrundstücken relativ klein sei und daher auch über einen Flächenerwerb durch Dritte nachgedacht werden müsse.

2. Welche Art der Zusammenarbeit ist denkbar?

3. Wie soll am Thema weitergearbeitet werden?

Beide Fragen zusammengefasst:

Es wurde von allen Beteiligten eine Verbesserung der Zusammenarbeit als dringend erforderlich angesehen, für die das Expertengespräch einen ersten erfolgreichen Ansatz bot. Die Bereitschaft für die Zusammenarbeit ist groß. Hierbei sollte auf bestehende Arbeitsgruppen und Informationskreise aufgebaut werden. Diese sind länderspezifisch und regional gegliedert. Das Hauptaugenmerk in diesen Gruppen liegt zurzeit weniger auf den Bundeswasserstraßen als mehr auf Zielen und Maßnahmen in den übrigen Gewässern. Für eine übergreifende Koordination wurde das Fehlen einer entsprechenden überregionalen Arbeitsgruppe beanstandet. Für die Moderation dieses Prozesses wird von allen Beteiligten die Geschäftsstelle der Flussgebietsgemeinschaft Weser favorisiert. Diese wird gebeten, eine Konzeption für eine mögliche Vorgehensweise zu entwickeln und die Einbindung der verschiedenen Gruppen darzustellen und mit diesen abzustimmen.

Der **2. Workshop** beschäftigte sich mit dem Thema „**Rahmenbedingungen zur Förderung von weiteren Maßnahmen und Modellvorhaben**“, zu dem ebenfalls **Herr Dr. Schmidt** von der Regierung von Unterfranken einleitete. Hierzu stellte er eine Fülle von fachlichen Projekten am Main dar, bei denen das Land Bayern, die Bundeswasserstraßenverwaltung und die anliegenden Gemeinden zusammengearbeitet haben. Die Leitfragen sowie die Einschätzung der Teilnehmer sind nachfolgend dargestellt:

1. **Welche Modellprojekte bieten sich an?**
2. **Welche Akteure sollten den Prozess voranbringen?**

Beide Fragen zusammengefasst:

Es soll geprüft werden, ob und ggf. welche Modellprojekte in den Flussabschnitten der zuvor genannten Kategorien jeweils realisierbar sein könnten. Hierzu sind unter Modellprojekten solche zu verstehen, bei denen auf eine Entwicklung des lateralen Gewässerbereichs abgezielt wird. Beteiligt werden sollten neben der Bundeswasserstraßenverwaltung und den Ländern nach Möglichkeit auch Kommunen und Initiativen. Nur eine „Win-Win“-Situation kann dabei zielführend sein, indem die Bundeswasserstraßenverwaltung ihren Auftrag zur Herstellung der Verkehrssicherheit erfüllen kann, und die Gewässer trotzdem ökologisch wertvollere Strukturen aufweisen als bisher. Bereits vorhandene Grundlagen sollten zügig zusammengestellt und Datenlücken geschlossen werden, wenn dies kurzfristig erfolgen kann. Längerfristige Konzepte könnten in einem zweiten Schritt nach der Aufstellung des ersten Bewirtschaftungsplanes der EG-WRRRL erfolgen.

Ebenfalls wird die Entwicklung von technischen Kennblättern für eine ökologisch orientierte Unterhaltung z.B. der Ufer an Bundeswasserstraßen zur Sicherstellung des Schiffsverkehrs für wünschenswert gehalten.

3. Wie kann der Prozess strukturiert werden?

Auch für diesen Prozess wird von allen Beteiligten eine Koordinierung durch die Flussgebietsgemeinschaft Weser gesehen. Die Einrichtung von runden Tischen und die Moderation der Geschäftsstelle der FGG Weser zur Projektdefinition und -durchführung in den vier genannten Kategorien unter Einbeziehung der länderspezifischen Erkenntnisse konnte als Konsens festgehalten werden. Eine Unterstützung durch die Bundesbehörden BAW und BfG wurde zugesagt. Die Initiierung von solchen Modellvorhaben wurde ausdrücklich vom BMVBS und BMU begrüßt.

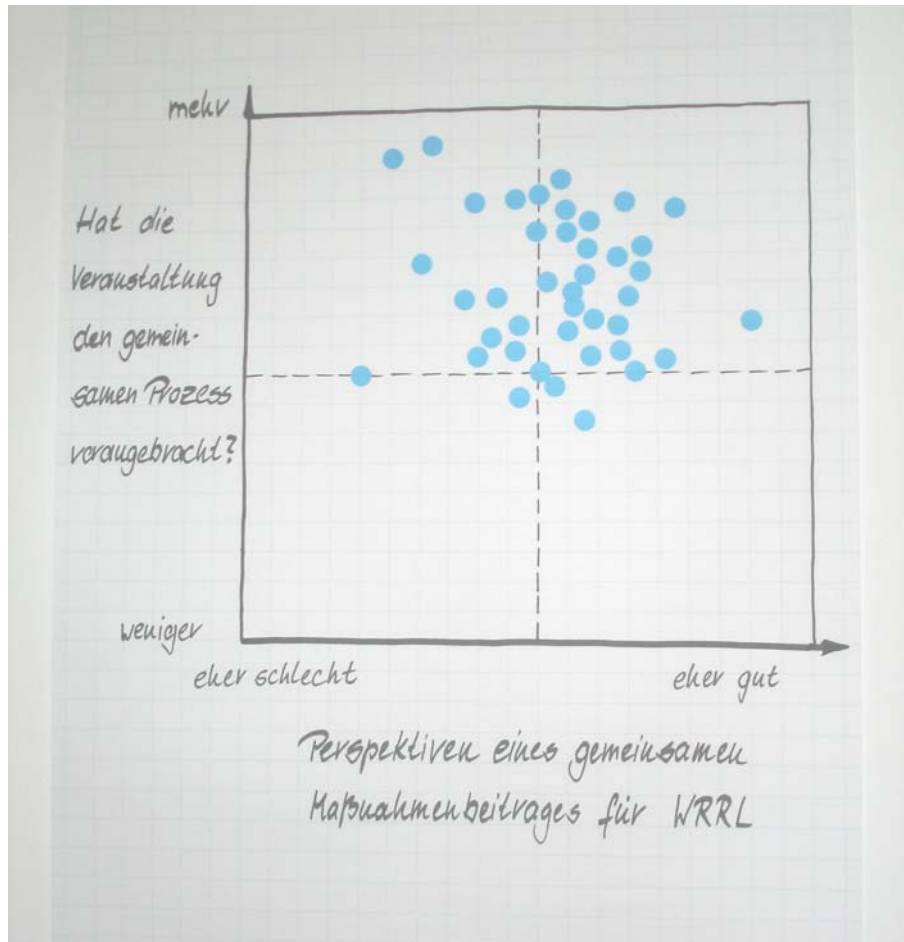
Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Veranstaltung einen sehr positiven Zuspruch erhalten hat. 41 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben am Ende eine Bewertung hinsichtlich ihrer Einschätzung zu folgenden Fragen abgegeben:

1. Hat die Veranstaltung den gemeinsamen Prozess vorangebracht?
2. Wie sehen Sie die Perspektiven eines gemeinsamen Maßnahmenbeitrags für die EG-WRRRL?

85 % der Befragten meinen, die Veranstaltung hat den gemeinsamen Prozess eher vorangebracht. Auf einer Skala von 0 bis 100 % lag der Schwerpunkt der Antworten bei ca. 65 %.

61 % der Teilnehmer sehen die Perspektiven für einen gemeinsamen Maßnahmenbeitrag im Rahmen der EG-WRRRL als eher gut an. Der Schwerpunkt der Einschätzung lag bei ca. 55 %.

63 % der Anwesenden haben beide Fragen mit eher gut bewertet.



Fazit der Veranstaltung

- Praxisbeispiele zeigen, dass Ufer mit Strukturvielfalt nicht im Widerspruch zu einer sicheren Schifffahrt stehen.
- Individuelle Unterhaltungskonzepte sollen sich am Verkehrsaufkommen von Bundeswasserstraßen orientieren.
- Zukünftige Maßnahmen sollen mit Prioritäten versehen werden.
- Die Zusammenarbeit zwischen Wasserwirtschaft und Bundeswasserstraßenverwaltung soll auf eine breite gemeinsame Basis gestellt werden; eine Klärung unterschiedlicher Auffassungen hinsichtlich der Zuständigkeit ist herbei zu führen.
- Die Zusammenarbeit zwischen Wasserwirtschaft und Bundeswasserstraßenverwaltung zur Aufstellung eines Maßnahmenprogramms für den Bewirtschaftungsplan innerhalb der FGE Weser soll durch die Geschäftsstelle der FGG Weser koordiniert und moderiert werden.
- Ehrenamtliche Mitarbeit und das Engagement von Initiativen stellen hierbei eine wertvolle Unterstützung dar.
- Zur Verbesserung der lateralen Vernetzung soll versucht werden, gemeinsame Modellprojekte zu initiieren, die eine Umgestaltung des Gewässerrandstreifens unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Verkehrssicherheit zum Ziel haben.



Teilnehmerliste

Teilnehmer	Institution
Bachert, Klaus	Hessisches Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz
Dangers, Ulrich	NLWKN Sulingen
Dr. Esser, Birgit	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Fitschen, Carsten	Wasser- und Schifffahrtsamt Minden
Fleischer, Petra	Bundesanstalt für Wasserbau
Gunkel, Stephan	Lebendige Werra
Günther, Ulrich	Wasser- und Schifffahrtsamt Bremerhaven
Harting, Heiner	NLWKN Verden
Heddinga, Birgit	NLWKN Hannover-Hildesheim
Dr. Herpertz, Dorothe	Bundesanstalt für Gewässerkunde
Dr. Hornhardt, Gabriele	Wasser- und Schifffahrtsdirektion Mitte
Jördens, Joachim	NLWKN Süd
Kiehl, Götz-Bodo	Bezirksregierung Detmold, Dienstgebäude Minden
Koldehofe, Wilhelm	Senator für Bau, Umwelt und Verkehr der Freien Hansestadt Bremen
Krause, Melanie	Regierungspräsidium Gießen, Abt. Umwelt Wetzlar
Kreil, Albert	Regierungspräsidium Kassel
Dr. Marburger, Martin	Regierungspräsidium Kassel
Meyer, Bernd	Wasser- und Schifffahrtsamt Bremen
Meyer, Marcus	Wasser- und Schifffahrtsdirektion Mitte
Morong, Carsten	NLWKN Süd
Neumann, Petra	NLWKN Brake/Oldenburg
Nonnenmacher, Werner	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Popp, Siegfried	NLWKN Direktion
Prante, Jörg	NLWKN Sulingen
Dr. Rachor, Eike	BUND Bremerhaven
Räther, Uwe	Wasser- und Schifffahrtsdirektion Mitte
Dr. Reye, Hans	Wassernetz Niedersachsen
Rosebrock, Joachim	Niedersächsisches Umweltministerium
Rothe, Kathleen	Geschäftsstelle FGG Weser
Scholten, Matthias	Geschäftsstelle FGG Weser
Dr. Schrader, Nicole	Umweltbundesamt
Schreiber, Frank	Geschäftsstelle FGG Weser
Stanneveld, Anja	Geschäftsstelle FGG Weser
Völkel, Martina	Senator für Bau, Umwelt und Verkehr der Freien Hansestadt Bremen

Volkmer, Ulrich	Wasser- und Schifffahrtsamt Verden
Wehr, Manuel	Landkreis Nienburg
Wichowski, Franz-Josef	Regierungspräsidium Darmstadt, Abt. Umwelt Frankfurt
Wöhler, Joachim	Niedersächsisches Umweltministerium
Buschmann, Michael	Landkreis Holzminden
Henneberg, Simon Christian	Geschäftsstelle FGG Weser
Karreis, Gerd	Wasserstraßen-Neubauamt Aschaffenburg
Mauermann, Martin	Wasser- und Schifffahrtsamt Bingen
Nitsche, Kay	Niedersächsisches Umweltministerium
Dr. Schmidt, Wolf-Dieter	Regierung von Unterfranken
Schneider, Christian	Lebendige Weser
Dr. Soyeaux, Renald	Bundesanstalt für Wasserbau
Dr. Sundermeier, Andreas	Bundesanstalt für Gewässerkunde
Wiedemann, Michael	Niedersächsisches Umweltministerium

